

Gemeinderatsitzung am 6. November 2018

Impressionen von Andreas Herfurth SPD

Vorbemerkung: Wir möchten mit der Rubrik „Impressionen aus der Gemeinderatsitzung“ unsere SPD-Sicht der Dinge darstellen. Winnenden voran bringen – ist unser Ziel. Hierzu ist ein Dialogforum hilfreich, in dem die verschiedenen Meinungen diskutiert werden.

Wir haben gute Ideen. Haben Sie bessere? Dann lassen Sie es uns wissen. Unsere Kontaktadresse ist: dialog@spd-winnenden.de

Die Tagesordnung und Vorlagen zur Gemeinderatsitzung finden Sie unter www.winnenden.de

TOP 3: Entwicklung eines Versorgungskonzepts bei Stromausfall

Vorbemerkung: Im Gemeinderat wurde ein Notfallkonzept bei einem Stromausfall vorgestellt. Das Thema wurde vor längerer Zeit im Ältestenrat angesprochen. Seitens des Landes ist das seit 2014 Thema.

Andreas Herfurth: Das ist ein Thema mit dem sich niemand gerne beschäftigt. Aber, wenn der Fall eintreten sollte, was niemand wünscht, dann fragen alle, warum wurde nichts getan? Wir müssen für die Katastrophe vorsorgen, und wir müssen auch entscheiden, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen wir für sinnvoll erachten. Nicht alles muss und kann sein.

Es ist mir wichtig darauf hinzuweisen, dass es ein Notfallplan für die Kommune ist, also ein Notfallplan, damit die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung einigermaßen gewährleistet wird. Das bedeutet, jede einzelne Person ist aufgerufen, sich selbst Gedanken zu machen, welche Vorsorge sie trifft für den Fall der Fälle und das dann auch zu tun. Das vorgestellte Notfallkonzept umfasst nicht Hilfe für die gesamte Bevölkerung.

In der **Fragerunde** mit der Verwaltung ergab sich dann, dass der Krisenplan der Stadt Winnenden zu überarbeiten ist. Des Weiteren ergab sich, dass die Kommunikation von Verwaltung zu den BürgerInnen über Lautsprecherdurchsagen bzw. Anschläge zu organisieren ist.

Kommentar: Es mag Stimmen geben, die sagen, das brauchen wir nicht, die Wahrscheinlichkeit eines längeren Stromausfalles ist gering, und wenn, dann wäre er nicht flächendeckend, und wir würden dann Hilfe von außen bekommen. Was ist, wenn die Hilfe von außen – aus welchen Gründen auch immer – nicht so schnell kommt? Wie geht es weiter? Die Verwaltung sieht bislang kein direktes Entscheidungsverfahren vor. Ich halte das für nicht richtig. Im Grunde werden die verschiedenen Entscheidungen indirekt über die Haushaltsplanberatungen herbeigeführt, d.h., es wird Geld für die betreffende Maßnahme eingestellt oder nicht.

TOP 4: Machbarkeitsstudie Landesgartenschau

Vorbemerkung: Die Durchführung einer Landesgartenschau birgt Chancen und Risiken. Sinn der Machbarkeitsstudie ist es, eine Vorstellung zu entwickeln, wie die interkommunale Landesgartenschau sich darstellen könnte. Aufgrund dieser vorliegenden Daten können dann Chancen und Risiken gegeneinander abgewogen werden.

Andreas Herfurth: Die Möglichkeit einer Bewerbung für die Durchführung einer Landesgartenschau wurde erstmals im Ältestenrat dargestellt. Damals habe ich gesagt: Ich kann es mir bislang nicht vorstellen. Aber, um überhaupt eine Bewertung machen zu können, braucht man Daten. Diese Daten werden durch die Machbarkeitsstudie entwickelt. **Wir stimmen zu.**

Wir haben die Anregung und Bitte, wenn es erste Vorentwürfe gibt, diese dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Kommentar: Bewerbungsschluss für die Jahre 2030 und folgende ist Mitte/Ende Dezember 2019. Wir dürfen gespannt sein, wie das im Heimatjahr 2019 bewältigt wird.

Andreas Herfurth
11. November 2018